

Kreis Merzig-Wadern

FREITAG, 18. DEZEMBER 2009

Mit Beckingen, Losheim am See, Merzig, Mettlach, Perl, Wadern und Weiskirchen

NR. 294

SEITE C1

„Borger muss für Klarheit sorgen“

SPD-Kreischefin Anke Rehlinger nimmt Grünen-Staatssekretär in die Pflicht

In der Debatte um die Ortsumgehung Besseringen fordert die SPD-Kreisvorsitzende ein Machtwort von Klaus Borger. Der Staatssekretär soll seine grünen Parteifreunde zur Räson rufen.

Besseringen. „Es ist Zeit, für klare Verhältnisse zu sorgen. Es kann nicht sein, dass die einen ‚Hü‘ und die anderen ‚Hott‘ schreien“ – mit diesen Worten reagiert die SPD-Landtagsabgeordnete und Kreisvorsitzende Anke Rehlinger (Foto: SZ) auf die neuerliche, vom Grünen-Kreisverband angestoßene Debatte zur Ortsumgehung Besseringen.

„Die ablehnende Haltung der Grünen gegenüber diesem Projekt ist ja nichts Neues. Ich erwarte jedoch von dem grünen Umweltstaatssekretär Klaus Borger aus Merzig, der ja ebenfalls zu den Kritikern des Projekts gehört, dass er in seiner Funktion

als Mitglied der Landesregierung nun endlich sagt, wie es weitergeht. Der Planfeststellungsbeschluss wurde noch vor der Wahl mit großem Tam Tam vorgestellt, um jetzt nach der Wahl ganz unten im Aktenberg zu verschwinden“, so Rehlinger weiter.

Die Abgeordnete verweist zudem darauf, dass sie schon im November mit SPD-Landeschef Heiko Maas zusammen eine parlamentarische Anfrage an die Landesregierung gerichtet habe. Darin wird unter anderem gefragt, ob die Landesregierung den rechtskräftigen Planfeststellungsbeschluss in die Tat umsetzen werde, wenn ja, wann und wie und wenn nein, weshalb nicht. Gegenstand der Anfrage ist unter anderem auch, ob die Landesregierung davon ausgeht, dass die personellen Veränderungen an der Spitze des Ministeriums, insbesondere die Personalie Klaus

Borger, Auswirkungen auf die Umsetzung der Maßnahme haben werde. Die gesetzliche Frist zur Beantwortung dieser Fragen lief am 15. Dezember ab.

„Die Bürger, die seit Jahren für die Ortsumgehung kämpfen, brauchen nun endlich Klarheit.

Es kann nicht sein, dass eine planfestgestellte und voll ausfinanzierte Maßnahme nicht realisiert wird, nur weil es einigen wenigen nicht ins Konzept passt. Ich erwarte, dass jetzt entsprechend gehandelt

wird und dass die Mitglieder der Landesregierung ihrer Verantwortung gerecht werden. Alles andere wäre ein Schlag ins Gesicht der Bürger“, sagt Anke Rehlinger. *red*



Anke Rehlinger